



Der AQR der EZB

Description

Am Sonntag, 26. Oktober 2014, wurden die Ergebnisse der Stresstests der Eurozonen-Banken bekanntgegeben, die auf der Grundlage des AQR durchgeführt wurden.

[Sehen Sie dazu bitte hier!](#)

Die EZB beginnt Anfang 2014 mit einer umfassenden Bilanzprüfung der bis zu 130 Großbanken, die künftig ihrer direkten Aufsicht unterstehen. Mit dabei sind wahrscheinlich 24 deutsche Banken. Dieses Mal heißt das Ganze nicht „Stress-Test“ wie die zwei Farcen, die die European Banking Authority (EBA) in den zurückliegenden Jahren veranstaltet hat, sondern „Asset Quality Review“ (AQR).

Die Bilanzprüfung soll vor allem dazu dienen, Transparenz und Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Bilanzen herzustellen. Es geht nicht primär darum, Kapitallücken, faule Krediten und nicht-werthaltige Bilanzpositionen, aufzudecken, sagt das für den Aufbau der Bankenaufsicht bei der EZB zuständige Direktoriumsmitglied Mersch. Ihre Ergebnisse sollen dann doch schon im Oktober 2014 veröffentlicht werden.

[Mersch kündigte im Gespräch mit der FAZ an](#), die Banken müssten im nächsten Jahr eine Kernkapitalquote von mindestens 7% der risikogewichteten Aktiva vorweisen. Das liegt unter den von der EBA vor zwei Jahren festgelegten 9%, doch soll die Hürde effektiv genauso so hoch sein, weil die EZB mit anderen Kapitaldefinitionen arbeitet. Hinzu kommt für diese Gruppe der 130 größten Banken ein Risikoaufschlag, der deren herausragende Bedeutung im europäischen Kontext widerspiegeln soll. Dessen Höhe steht noch nicht fest, er könnte etwa ein Prozent oder auch mehr betragen. In den Basel-III-Regeln wurden vor zwei Jahren für „systemrelevante“ Banken ebenfalls höhere Kapitalanforderungen beschlossen, die für global systemrelevante Banken auf bis zu 2,5% mehr hartes Kernkapital hinauslaufen. Staatsanleihen werden weiterhin gemäß internationaler Regeln mit einem „Null-Risikogewicht“ herausgerechnet.

Die dem AQR zugrundeliegenden Kapitalquoten will EZB-Chef Draghi am 23. Oktober bekanntgeben.

Zur Frage der Kapitalquoten insgesamt finden Sie hier dezidierte Meinungen: "[Neue Krise – was gelernt?](#)".

In einem ersten Schritt zur Vorbereitung des AQR sollen die riskantesten Anlageklassen und Portfolios herausgefunden werden. In [Deutschland stehen offenbar Pakete von Schiffskrediten im Fokus](#). Zu den größten Finanziers der in einer schweren Krise steckenden Reeder gehören die HSH Nordbank mit 27 Mrd. Euro und die Nord LB und die Commerzbank mit jeweils 18 Mrd. Euro. Mindestens 25% der Schiffskredite gelten als ausfallgefährdet, aber die Banken stemmen sich wie zu Beginn der Finanzkrise dagegen, dass für wenig gehandelte Kreditpapiere Marktpreise angesetzt werden. Auch die derzeit in Deutschland hoch im Kurs stehenden Bankkredite für Windkraftparks dürften später ein Risiko darstellen. In anderen Ländern, besonders in Südeuropa, gelten große Bestände an Immobilienkrediten als ausfallgefährdet.



Im zweiten Schritt, dem eigentlichen AQR, werden stichprobenartig einzelne Posten in den Bankbilanzen geprüft und bewertet. Unterstützt wird die EZB dabei von externen Beratern. Hierzu zählt auch die Beratungsgesellschaft Oliver Wyman, die bei den spanischen Banken im vergangenen Jahr das Ausmaß der faulen Kredite (zu niedrig...) geschätzt hat.

Das ganze Unterfangen krankt bis jetzt auch daran, dass es keine einheitlichen Regeln und Definitionen für die Bewertung gibt. Diese soll die EBA beisteuern. Ungeklärt ist z.B., wann ein Kredit als „notleidend“ gilt. In einigen Ländern ist dies der Fall, wenn der Schuldner mit seinen Zahlungen drei Monate in Verzug ist; in anderen Ländern beträgt die Frist sechs Monate. In Italien gilt ein Kredit als notleidend, wenn die Bank die Konditionen für einen bestehenden Kredit lockert. Die einheitlichen Definitionen sollen in vier Wochen „stehen“.

Im dritten Teil der Prüfung führt die EBA im ersten Halbjahr 2014 parallel zur Bilanzanalyse einen Stresstest durch. Dem soll das Szenario zugrundeliegen, dass in Europa eine Wirtschaftskrise ausbricht. Es soll geschätzt werden, wie hoch dann die Verluste und Abschreibungen der Banken werden.

Im EZB-Rat schwelt ein Streit, inwiefern im Stresstest Wertabschläge für Staatsanleihen angenommen werden sollen. Die Bundesbank und einige nord- und mitteleuropäische Zentralbanken plädieren dafür, Frankreich und Italien sind strikt dagegen.

Die „Illusion der Risikolosigkeit“ von Staatsanleihen kommt auch bei den Kapitalregeln zum Tragen, sie werden weiterhin herausgerechnet (s.o.). [Bundesbank-Präsident Weidmann kritisiert seit längerem, dass Banken für Investments in Staatsanleihen kein Eigenkapital vorzuhalten brauchen.](#)

Die spannende Frage ist, wie groß die Kapitallücken werden könnten, die die EZB bei ihrem AQR aufdeckt. Insbesondere die Banken in der südlichen Peripherie der Eurozone schleppen seit Jahren faule Positionen mit, um ihren Abschreibungs- und Kapitalbedarf zu verschleiern. Wenn die Lücken überraschend niedrig ausfallen sollten, dürfte das dem erklärten Ziel der Herstellung von Glaubwürdigkeit zuwiderlaufen. Ergibt sich ein erheblich größerer Kapitalbedarf als erwartet, wäre das diesbezüglich ebenfalls kontraproduktiv.

Die Europäer haben die Bankenkrise verschleppt, die meisten Staaten außerhalb der Eurozone, vor allem die USA, sind die Probleme ihrer Finanzinstitute zügiger angegangen. Das Verhältnis von Markt- zu Buchwert der europäischen Banken liegt nach Angaben der FAZ im Durchschnitt bei 0,7. Anleger drücken damit ihre Erwartung aus, dass 30% des Vermögens in den Bank-Bilanzen nicht werthaltig ist. Außerhalb des Euroraums liegt das Kurs-Buch-Verhältnis bei etwa eins. Einen Überblick über die internationale Bankenlandschaft finden sie hier: "[EU mit größtem Bankenrisiko](#)"!

Das ist ein Hinweis auf die Existenz zahlreicher Zombiebanken, die aufgrund von mitgeschleppten faulen Krediten und Verlusten in ihrer Solvenz gefährdet sind und nur durch [billiges Zentralbankgeld am Leben gehalten](#) werden. Die Versuchung ist groß, faule Kredite teils mit bizarren Konstruktionen immer weiter zu verlängern anstatt Abschreibungen vorzunehmen. Das verschleiern aber nicht nur die Situation des Finanzsystems, sondern auch die zugrundeliegende realwirtschaftliche Misere und verlängert sie dadurch – so geschehen z.B. in der verlorenen Dekade im Japan der 1990er Jahre. 80% der Unternehmensfinanzierungen in Europa erfolgen über den Bankensektor, marode Banken vergeben kaum neue Kredite und lähmen so die Realwirtschaft.

Nach Schätzungen von Bankanalysten könnte sich für alle Banken eine Kapitallücke im zwei- oder dreistelligen Milliardenbereich ergeben. Für diesen Fall baut Gunter Dunkel, Chef der Nord LB, schon einmal vor: „Wenn viele Banken im Stresstest durchfallen, schafft das kein Vertrauen.“

Die Banken sollen sich das benötigte Kapital primär am Markt besorgen. Der Chefvolkswirt der EZB, Praet, hatte sich bereits im Juli optimistisch gezeigt, die europäischen Banken könnten gerettet werden, ohne die



Steuerzahler erneut zu belasten. Er sagte, der Rekapitalisierungsbedarf könne überall vom Privatsektor gestemmt werden.

Wenn sich als Konsequenz aus dem AQR aber ergibt, dass zur gleichen Zeit viele Banken nach Kapitalgebern suchen müssen, könnten diese sich eher zurückhalten. Dann müsse es staatliche Sicherheitsnetze (fiscal backstops) geben, fordert Mersch. In Deutschland könnte das etwa der Bankenrettungsfonds Soffin sein.

Mersch dementiert zwar, dass die europäischen Steuerzahler für die Verluste von Banken herangezogen werden könnten, wenn in einigen Ländern die staatlichen Budgets nicht reichen, sagte aber auch, es müsse im Einzelfall geprüft werden, ob „ein vorübergehender Zugriff auf einen grenzüberschreitenden Backstop erforderlich ist ... , ohne dass übermäßig auf das Geld der Steuerzahler zurückgegriffen wird“.

Im November 2014 soll die EZB-Bankenaufsicht voll funktionieren. Dann soll auch der zweite Pfeiler der „Bankenunion“, ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus, ins Spiel kommen. Seine genaue Gestalt ist bislang noch umstritten, vor allem, welche Stelle über eine Abwicklung entscheidet, die ja auch national-fiskalische Folgen hätte.

Ein Abwicklungsfonds besteht derzeit nur in den Köpfen der EU-Politiker. Er soll gemäß einer neuen EU-Richtlinie dann einspringen, wenn die „Haftungskaskade“ von den Eigentümern über die Gläubiger bis hin zu den großen Einlegern durchlaufen worden ist. Erst wenn ein solcher „Bail-in“ keine ausreichende Kapitalquellen aufgetan hat, kommt der Abwicklungsfonds zum Zuge, der von den Banken gefüllt wird. Reicht der nicht aus, soll das Heimatland der Bank zahlen. Erst dann kommt der ESM an die Reihe, [von dessen Mitteln bis zu 60 Mrd. Euro für diesen Zweck zur Verfügung stehen](#). Der ESM soll dabei nicht für Altlasten einspringen, die noch unter der Verantwortung der nationalen Aufseher entstanden sind.

Der Abwicklungsfonds dürfte erst 2025 ein einigermaßen respektables Volumen erreichen. Nicht nur Mersch sagt daher, „dass in der Aufbauphase geklärt werden muss, was passiert, wenn die Mittel des Fonds aufgrund außergewöhnlicher Umstände ausgeschöpft sind“. EZB-Kollege Asmussen hat für diesen Fall angeregt, der ESM solle dem Abwicklungsfonds einen Kredit geben. Das deutsche Finanzministerium sträubt sich dagegen und hat rechtliche Bedenken, die EZB-Chef Draghi unterstützt, indem er sagte, dafür müsse der ESM-Vertrag geändert werden.

Das ganze Gebäude der Abwicklung schwankt auch noch an einem anderen Punkt: Die „Bail-in“-Regeln sollen erst von Januar 2018 an gelten. In der Zwischenzeit gibt es eben keine Bankenzusammenbrüche. Und wenn doch? Muss dann der Steuerzahler erneut haften?

Mehr als 200 deutsche Wirtschaftsprofessoren hatten im vergangenen Jahr gewarnt, die Bankenunion könnte zu einer Haftungsunion werden, die besonders den deutschen Steuerzahler träfe. In diesem Sinne hat auch das ifo-Institut [hier](#) argumentiert.

Nachtrag:

(15.10.13) [Reuters schreibt](#), der IWF schätze die Verluste von spanischen und italienischen Banken bei Unternehmenskrediten in den nächsten beiden Jahren auf 230 Mrd. Euro.

(16.10.13) [Reuters berichtet](#) von einer von Morgan Stanley durchgeführten Umfrage unter 146 Investoren hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse des AQR der EZB. Demnach ergibt sich als Medianwert der Schätzungen, dass sich eine Kapitallücke von insgesamt 20 bis 50 Mrd. Euro auftut. Angesichts einer gesamten Bank-Asset-Summe von rund 27 Bill. Euro wäre das ein lächerlich kleiner Wert. 42% der Befragten gehen zudem davon aus, dass zwischen fünf und zehn Banken beim anschließenden Stress-Test durchfallen.

(23.10.11) Die EZB hat heute erklärt, dass ihre Kapitalanforderung im AQR von insgesamt 8% sich



zusammensetzt aus einer harten Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1) von 4,5%, einem Kapitalerhaltungspolster von 2,5%, sowie einem Aufschlag von 1% für die Systemrelevanz der zu untersuchenden Banken.

(13.1.14) Die [Entscheider im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht](#) haben sich auf eine weltweit einheitliche Definition für die maximale Verschuldungsquote (Leverage Ratio) geeinigt. Europäische Banken erleiden nun keinen Nachteil gegenüber ihren US-Konkurrenten mehr. Die Bilanzsumme, die der Quote zugrunde liegt, wird in der US-Rechnungslegung (US-GAAP) anders kalkuliert als nach dem in Europa gültigen IFRS-Bilanzstandard. Das betrifft v.a. Derivate. So kommt die Deutsche Bank mit ihrem großen Bestand an Derivaten nach US-GAAP auf eine Bilanzsumme von rund 1,2 Bill. Euro, nach IFRS sind es rund zwei Bill. Euro. Mit der neuen Definition braucht sie deutlich weniger Kapital vorzuhalten. Die Leverage Ratio soll für Großbanken ab 2018 verbindlich sein, die Zahlen müssen aber bereits vom kommenden Jahr an veröffentlicht werden.

Siehe auch [hier!](#)